

07.03.2017

## Antrag

der Fraktion der CDU

**Unbesetzte Stellen können nicht unterrichten, für Sicherheit sorgen oder Steuerbe-  
scheide erstellen – Missmanagement und Intransparenz der Landesregierung bei der  
Besetzung von offenen Stellen im Landesdienst müssen ein Ende haben!**

### I. Sachverhalt:

Es gibt in Nordrhein-Westfalen große Defizite und Herausforderungen in den Bereichen Schule und Innere Sicherheit. Bei der inneren Sicherheit stehen die Bekämpfung von Terrorismus organisierter Kriminalität, die Aufklärung und Verhinderung von Einbrüchen und die Schaffung einer starken Polizeipräsenz vor Ort im Mittelpunkt. Für unsere Schulen sind die Inklusion, die Integration und Sprachförderung von Flüchtlingen und der grassierende Unterrichtsausfall die größten Herausforderungen. Alle diese Aufgaben können nur durch ausreichendes und gut qualifiziertes Personal erfüllt werden. Der Landtag als Haushaltsgesetzgeber hat in den letzten Jahren die jeweils beantragten Stellen bewilligt.

Die heutige Ministerpräsidentin Hannelore Kraft hat am 17. Dezember 2009 im nordrhein-westfälischen Landtag (Plenarprotokoll 14/139) folgendes festgestellt:

*„Die Zahlen für das Jahr 2009 sehen auf den ersten Blick auch ganz gut aus. Das Problem ist nur: Das sind die Sollzahlen. Das sind sozusagen Wunschzahlen und Haushaltsansätze. Wir haben im Schuletat gelernt: Sollzahlen sind oft Fantasiezahlen. Deshalb schauen wir besser auf die Zahlen aus dem Jahr 2006. Das sind nämlich Ist-Zahlen. Das sind Daten und Fakten.“*

Die Ministerpräsidentin hat damit klare Maßstäbe definiert, an denen sie sich jetzt auch selbst messen lassen muss.

Die Landesregierung hat ausweislich der Vorlage des Finanzministers an den Haushalts- und Finanzausschuss vom 23. Februar 2017 einräumen müssen, dass Ende 2016 im unmittelbaren Landesdienst über 10.000 Stellen nicht besetzt waren. Der größte Anteil der unbesetzten Stellen entfällt auf den Schulbereich. Hier waren Ende 2016 über 4.300 Stellen unbesetzt.

Datum des Originals: 07.03.2017/Ausgegeben: 07.03.2017

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

Ein Vergleich mit der tatsächlichen Stellenbesetzung im Schulbereich zum Ende des Jahres 2015 zeigt, dass nicht nur über 4.300 Stellen Ende 2016 unbesetzt waren, sondern dass zwischen Ende 2015 und Ende 2016 sogar Personal abgebaut wurde. Die Ist-Zahlen offenbaren einen Nettoabbau von 340 Stellen im gesamten Schulbereich. Damit beweisen die Ist-Zahlen, dass unter der Führung von Ministerpräsidentin Kraft trotz der großen Herausforderungen im Schulbereich Ende 2016 weniger Lehrerinnen und Lehrer beschäftigt waren als noch Ende 2015.

Auch die Situation in der Finanzverwaltung lässt erschrecken. Die Finanzverwaltung ist die Einnahmeverwaltung unseres Landes. Ziel muss es daher sein, die nordrhein-westfälische Finanzverwaltung für die Zukunft zu rüsten und gut aufzustellen. Doch die personelle Situation in der Finanzverwaltung lässt Zweifel an vielen Aussagen der Landesregierung und insbesondere des Finanzministers aufkommen. In der Oberfinanzdirektion Nordrhein-Westfalen, den Finanzämtern für Groß- und Konzernbetriebsprüfung, den Finanzämtern für Steuerstrafsachen und Steuerfahndung sowie den örtlichen Festsetzungsfinanzämtern waren Ende des Jahres 2016 insgesamt über 1.000 Stellen unbesetzt. Effektiv wurde zwischen Ende 2015 und Ende 2016 sogar Personal abgebaut. Nach den Ist-Zahlen sind in der Oberfinanzdirektion sowie den Finanzämtern Ende 2016 insgesamt 190 Bedienstete weniger tätig als noch Ende 2015.

Die Deutsche Steuergewerkschaft erklärte, dass unter der aktuellen Personalsituation im Ergebnis auch die Steuergerechtigkeit in Nordrhein-Westfalen leide. Die steht in einem deutlichen Widerspruch zu den vielen Ankündigungen und Versprechungen der Landesregierung, für mehr Steuergerechtigkeit einzutreten.

Eine ähnliche Situation zeigt sich bei der Polizei in Nordrhein-Westfalen. Ende des Jahres 2016 waren über 1.600 Stellen im gesamten Polizeibereich einschließlich der Verwaltung nicht besetzt. Der Vergleich der Ist-Besetzung von Ende 2015 und Ende 2016 offenbart lediglich einen Zugang von insgesamt 12 Polizeibeamten. Noch erschreckender fällt ein Vergleich mit der tatsächlichen Besetzung zum Ende des Jahres 2013 aus. Demnach wurde die Polizei NRW seit Ende 2013 faktisch nur um 17 Beamtinnen und Beamte verstärkt.

Am 14. Januar 2016 hat die Ministerpräsidentin ausweislich des Plenarprotokolls der Sonder-sitzung des Landtags (Plenarprotokoll 16/102) angekündigt:

*„Die Landesregierung ist entschlossen, die Zahl der Polizistinnen und Polizisten, die fahnden und auf den Straßen für Sicherheit und Ordnung sorgen, noch einmal schnell um 500 zu erhöhen.“*

Die tatsächlichen Zahlen stehen zum Versprechen der Ministerpräsidentin in einem klaren Widerspruch.

Während viele Stellen für Lehrer, Polizisten und Steuerbeamte nicht besetzt wurden, zeigte die Landesregierung bei der Besetzung von lukrativen Stellen in den Landesministerien dagegen wesentlich mehr Eifer. Rot-Grün gelang es, die Ministerialbürokratie auch innerhalb kurzer Zeit massiv auszubauen. Ende des Jahres 2016 waren über 230 zusätzliche Stellen in der Ministerialverwaltung im Vergleich zum Ende des Jahres 2015 besetzt. So geht rot-grüne Personalpolitik: in der Ministerialbürokratie wird für einen Personalaufwuchs um fast 5 Prozent gesorgt, während im Schulbereich und den Finanzämtern Personal abgebaut wird und die Polizei seit Jahren ohne Personalverstärkung auskommen muss.

Mit dem Haushalt 2017 sind zudem brutto 4.378 zusätzliche Stellen geschaffen worden, die in dieser Betrachtung noch gar nicht enthalten sind. Nicht nachzuvollziehen ist auch die Tatsache, dass die Landesregierung zuerst keinen Überblick über die Stellenbesetzung in den Gerichten, Staatsanwaltschaften und Justizvollzugseinrichtungen sowie dem Angestelltenbereich der Polizei zum Ende des Jahres 2016 hatte. Erst auf Basis einer nochmaligen Rückfrage sah

sich die Landesregierung im Stande, die tatsächliche Stellenbesetzung zu beziffern. Ebenfalls irritiert, dass die Landesregierung die Angaben zur tatsächlichen Stellenbesetzung überarbeiten musste. Während in der Antwort auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Robert Stein (Drucksache 16/14195) für den gesamten Einzelplan des Ministeriums für Inneres und Kommunales noch Ende 2016 fast 50.200 Angestellten- und Beamtenstellen tatsächlich besetzt sein sollten, sind laut Vorlage des Finanzministeriums vom 23. Februar 2017 nur noch fast 49.800 Angestellte und Beamte zum Ende des Jahres 2016 vorhanden. Das ist ein Unterschied von fast 400 Angestellten und Beamten, was in etwa der Personalausstattung der Kreispolizeibehörde Herford entspricht.

## II. Der Landtag stellt fest:

1. Die Ministerpräsidentin muss sich an ihren eigenen Maßstäben messen lassen. Nach den Ist-Zahlen muss aber festgestellt werden, dass:  
die Ministerpräsidentin ihr Versprechen gebrochen hat, dass die Landesregierung die Schulen personell stärkt. Von Ende 2015 bis Ende 2016 wurden im gesamten Schulbereich tatsächlich 340 Stellen netto abgebaut.  
die Ministerpräsidentin ihr Versprechen gebrochen hat, dass die Landesregierung die Polizei vor Ort „schnell“ um 500 Polizistinnen und Polizisten erhöhen wird. Von Ende 2015 bis Ende 2016 hat sich die Personalausstattung im gesamten Polizeibereich nur geringfügig um 35 Beamte und Angestellte erhöht. Bei diesem Tempo bräuchte es noch fast 15 Jahre bis zur angekündigten Zahl von 500 zusätzlichen Polizeibeamten.
2. Die Landesregierung hat die Polizei entgegen der vielen Ankündigungen und Versprechungen nicht verstärkt. Seit 2013 ist die tatsächliche Stellenbesetzung nahezu unverändert.
3. Die Landesregierung hat keine zeitnahe Übersicht über die tatsächliche Stellenbesetzung im Landesdienst. Besonders eklatant ist dabei die fehlende Übersicht zu Gerichten, Staatsanwaltschaften und Justizvollzugseinrichtungen sowie bei den Angestellten der Polizei. So kann die Landesregierung Personal und Bedarfe nicht wirksam steuern und Fehlentwicklungen beseitigen.
4. Die CDU-Landtagsfraktion fordert bereits seit 2015, auf freiwilliger Basis pensionierte Lehrkräfte wieder für den aktiven Schuldienst zu gewinnen. Rot-Grün hat den Vorschlag abgelehnt, auch deshalb sind heute über 4.300 Stellen im gesamten Schulbereich unbesetzt.
5. Die CDU-Landtagsfraktion fordert bereits seit 2013 die flächendeckende Einführung von Schulverwaltungsassistenten. Rot-Grün hat den Vorschlag abgelehnt, auch deshalb müssen Lehrerinnen und Lehrer heute immer noch klassische Verwaltungsarbeiten ausüben, statt Werte und Wissen zu vermitteln.
6. Die CDU-Landtagsfraktion fordert bereits seit 2013 die verstärkte flächendeckende Einstellung von Regierungsbeschäftigten bei der Polizei. Rot-Grün hat den Vorschlag abgelehnt, auch deshalb müssen Polizeibeamte immer noch klassische Verwaltungsarbeiten ausüben, statt vor Ort die innere Sicherheit zu gewährleisten.
7. Die Landesregierung darf nicht nur von Steuergerechtigkeit sprechen, sondern muss ihr Handeln auch danach ausrichten. Die Grundvoraussetzung ist hierfür eine ausreichende personelle Ausstattung der Finanzverwaltung.

8. Um die Attraktivität des öffentlichen Dienstes zu steigern, bedarf es einer großen Dienstrechtsreform, die den Namen auch verdient. Insbesondere ist eine echte Reform notwendig, um den öffentlichen Dienst im Wettbewerb um den Nachwuchs wieder nachhaltig konkurrenzfähig zu machen.

### III. Der Landtag beschließt:

1. Die Landesregierung muss unverzüglich den Lehrerabbau im Schulbereich stoppen und eine Nachwuchsoffensive starten. Zudem müssen Lehrkräfte von administrativen Aufgaben entlastet werden, damit sich Lehrerinnen und Lehrer auf das Vermitteln von Wissen und Werten konzentrieren können. Hierfür ist die flächendeckende Einführung von Schulverwaltungsassistenten unverzichtbar.
2. Die Landesregierung muss verstärkt flächendeckend Regierungsbeschäftigte bei der Polizei einstellen. Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte müssen wieder ihre eigentlichen Aufgaben wahrnehmen können und von bürokratischen Arbeiten entlastet werden, damit sie als Repräsentanten unseres Rechtsstaates im Alltag sichtbar werden.
3. Die Landesregierung legt dem Landtag zur nächsten Plenarsitzung im April 2017 ein Konzept zur Besetzung der offenen Stellen im Landesdienst vor. Hierin sollen auch die voraussichtlichen Personalabgänge 2017 den realistischen Personalzugängen gegenübergestellt werden.
4. Die Landesregierung muss in der Lage sein, jederzeit schnell einen Überblick über die tatsächliche Stellenbesetzung im Landesdienst zu haben. Dies gilt insbesondere für die tatsächliche Stellenbesetzung im gesamten Geschäftsbereich der Justiz mit den Gerichten, Staatsanwaltschaften und Justizvollzugseinrichtungen. Gleiches gilt für die tatsächliche Stellenbesetzung im Angestelltenbereich der Polizei. Es darf nicht sein, dass ein so großer Arbeitgeber wie das Land über viele Wochen und fast Monate keinen Gesamtüberblick über die tatsächliche Stellenbesetzung hat.
5. Die Landesregierung hat dem Landtag zur nächsten Plenarsitzung im April 2017 über die tatsächliche Personalausstattung zum 01. April 2017 im gesamten Landesdienst zu berichten.

Armin Laschet  
Lutz Lienenkämper  
Peter Biesenbach  
Klaus Kaiser  
Dr. Marcus Optendrenk  
Werner Lohn  
Petra Vogt  
Theo Kruse  
Jens Kamieth

und Fraktion